



Überblick: Zehn Schritte bis zum Bürgerentscheid

1. Mitteilung:

Bürger teilen dem Bezirksamt schriftlich mit, dass sie ein Bürgerbegehren starten wollen.

2. Beratung:

Die Initiatoren haben ein Recht auf Beratung durch das Bezirksamt. Das Bezirksamt nimmt eine rechtliche Vorprüfung vor und schätzt die Kosten des begehrten Anliegens. Rechtliche Bedenken und Kostenschätzung werden den Initiatoren mitgeteilt.

3. Anzeige:

Die Initiatoren zeigen das Bürgerbegehren unter Vorlage der Unterschriftenliste beim Bezirksamt ein. Auf den Listen muss sich eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Frage sowie die Kostenschätzung des Bezirksamts befinden. Die Initiative benennt drei Vertrauenspersonen. Danach können sie mit der Unterschriftensammlung beginnen.

4. Zulässigkeitsprüfung:

Innerhalb eines Monats nach Anzeige des Bürgerbegehrens prüft das Bezirksamt die rechtliche Zulässigkeit des Bürgerbegehrens.

5. Unterschriftensammlung:

Die Initiatoren haben nach Feststellung der Zulässigkeit weitere sechs Monate Zeit, um die Unterschriften von drei Prozent der zur BVV Wahlberechtigten zu sammeln.

6. Einreichung der Unterschriften und Feststellung des Zustandekommens:

Nach Abgabe der Unterschriften werden diese innerhalb eines Monats gezählt. Ist das Quorum erreicht, wird das Zustandekommen des Bürgerbegehrens festgestellt und die Schutzwirkung tritt in Kraft: Bis zum Bürgerentscheid dürfen Bezirksamt und BVV keine dem Bürgerbegehren entgegen stehenden Entscheidungen treffen oder umsetzen.

7. Beratung in der BVV:

Innerhalb von zwei Monaten nach Feststellung des Zustandekommens befasst sich die BVV mit dem Bürgerbegehren. Übernimmt sie das Anliegen unverändert oder in einer Form, der die Vertrauensleute des Bürgerbegehrens zustimmen, unterbleibt der Bürgerentscheid. Andernfalls kann die BVV einen Alternativvorschlag mit zur Abstimmung stellen.

8. Information:

Die im Bezirk Wahlberechtigten erhalten Informationen über Termin und Ort des Bürgerentscheids, über die zur Abstimmung stehenden Vorlagen und die Argumente der Initiatoren und der BVV.

9. Bürgerentscheid:

Spätestens vier Monate nach Feststellung des Zustandekommens findet ein Bürgerentscheid statt. Stimmberechtigt sind alle zur BVV Wahlberechtigten. Die Stimmzettel enthalten die Vorlage der Initiative und, falls vorhanden, die Konkurrenzvorlage der BVV und eine Stichfrage.

10. Ergebnis des Bürgerentscheids:

Eine Vorlage ist angenommen, wenn sie eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält, sofern sich mindestens 15 Prozent der Wahlberechtigten am Bürgerentscheid beteiligt haben. Erhalten zwei Vorlagen eine Mehrheit, entscheidet eine Stichfrage.